

II-2307 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 29. April 1981  
Stubenring 1  
Telefon ~~575045~~ 7500

Zl. IV-50.004/16-2/81

1024/AB

1981 -05- 04

zu 1034 J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Ing. MURER  
und Genossen an den Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
veterinärmedizinische Beurteilung der  
Massentierhaltung unter dem Gesichtspunkt  
des Tierschutzes (Nr. 1034/J-NR/1981)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende  
Fragen gestellt:

- "1. Wurden auf Veranlassung Ihres Ressorts bereits  
veterinärmedizinische Untersuchungen darüber  
angestellt, ob die im § 13 des Viehwirtschafts-  
gesetzes angegebenen Tierbestandsobergrenzen  
unter dem Aspekt des Tierschutzes vertretbar  
sind - und, wenn ja, wie lautet das Ergebnis?
2. Bei der Verneinung der Frage 1: Werden Sie veran-  
lassen, daß eine derartige Untersuchung ehest  
durchgeführt wird?
3. Zu welchen sonstigen Maßnahmen sehen Sie sich im  
gegenständlichen Zusammenhang veranlaßt?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zunächst ist festzuhalten, daß die im § 13 des Vieh-  
wirtschaftsgesetzes angegebenen Tierbestandsobergrenzen  
ausschließlich auf die im § 2 dieses Gesetzes festgelegten  
Ziele abgestellt sind, nämlich Schutz der inländischen  
Viehwirtschaft, Stabilisierung der Preise für Schlacht-

tiere und tierische Produkte sowie Gewährleistung der Versorgung mit den im § 1 dieses Gesetzes genannten Waren in einer der Verwendung entsprechenden Qualität.

In Vollziehung des Viehwirtschaftsgesetzes, die im übrigen auch nicht in die Kompetenz des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz fällt, sind daher Untersuchungen und Maßnahmen der in der Anfrage genannten Art nicht vorgesehen.

In der Präambel der Anfrage wird darüberhinaus zu Recht darauf hingewiesen, daß die Massentierhaltung im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt des Tierschutzes zu sehen ist. Im Hinblick darauf, daß Tierschutz Landessache ist, wären daher Untersuchungen und Maßnahmen im gegenständlichen Zusammenhang von den Ländern zu veranlassen.

Dessen ungeachtet verfolgt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die veterinärmedizinisch-wissenschaftliche Entwicklung auf dem Gebiet der Massentierhaltung mit großer Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang ist auf die Arbeiten im ständigen Expertenkomitee für Tierschutz zu verweisen, das auf Grund der Bestimmungen der Konvention des Europarates zum Schutz der Tiere bei der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung mit der Ausarbeitung von Normen für die Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren betraut ist. Gegenwärtig befaßt sich dieses Komitee mit den Problemen der Geflügelhaltung.

Wenn auf Grund der veterinärmedizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Tierschutz hinausgehende Maßnahmen auf dem Gebiet des Veterinärwesens, nämlich zur Hintanhaltung des Entstehens bzw. der Verbreitung von Tierseuchen geboten erscheinen, wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz solche Maßnahmen jedenfalls unverzüglich veranlassen.

Der Bundesminister:

